**An**

die Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein,

die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen und

die Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Kiel, den 24. September 2018

**Positionspapier**

Politische Bildung ist heutzutage die Grundlage der Demokratie!

Wir, die Landesschülervertretungen der Berufsschulen, der Förderzentren, der Gemeinschaftsschulen und der Gymnasien in Schleswig-Holstein, sehen dringenden Handlungsbedarf beim Thema „politische Bildung“ an Schleswig-Holsteins Schulen.

In einer Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland sollte es der Wille der Politiker sein, politisch aufgeklärte und kompromissbereite Menschen zu vertreten. Dies bedarf einer längeren Phase des politischen Lernens, als sie heute im Bildungssystem vorgesehen ist.

In der Realität an den Schulen Schleswig-Holstein sieht es so aus, dass einige Schülerinnen und Schüler bereits nach der neunten beziehungsweise zehnten Klasse die Schule verlassen. Dabei kann es sein, dass sie – abhängig von der Schulart – bis zum Ende ihrer Schulkarriere kaum beziehungsweise gar keinen Wirtschaft- und Politikunterricht (WiPo) erhalten haben, weil das Fach in Kombination mit Geographie und Geschichte als „Weltkunde“ oder erst ab Klasse neun unterrichtet wird.

Entsprechend schwerwiegend sind dabei die Folgen: Den jungen Menschen im Land fällt es schwer, sich im System der Bundesrepublik politisch zurecht zu finden. Als Beispiel ist dabei die Wahlbeteiligung der Förderschülerinnen und Förderschüler, die beim Landesschülerparlament vertreten waren, bei der Landtagswahl 2017 in Schleswig-Holstein anzuführen: Sie lag bei 0,00 %. Allein das sollte bereits Begründung genug sein, um jetzt schnell etwas zu ändern.

Wir fordern deshalb:

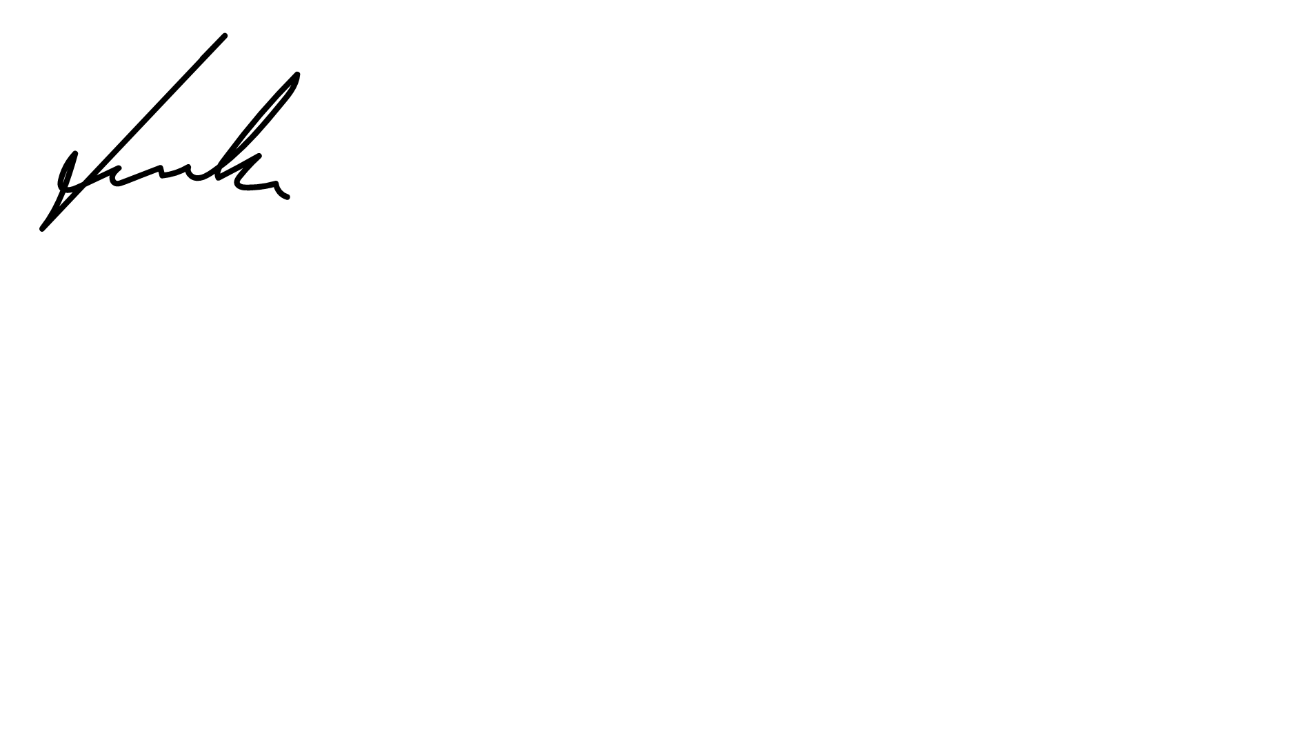
1. Der Wirtschaft- und Politikunterricht soll für alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein verpflichtend – also mit einem Mindestanteil in der Kontingentstundentafel, wie es bereits bei dem Fach „Religion“ der Fall ist – ab Klassenstufe 7 unterrichtet werden, um genügend Zeit für Diskussionen, aktuelle Politik und politische Aufklärung zu bieten. Für die Berufsschulen fordern wir, dass in jedem Ausbildungs- und Schulkurs solch ein Fach eingeführt wird. Wir erachten es als eine Notwendigkeit, dass die Schülerinnen und Schüler informiert werden, damit sie sich trauen, ihre Meinung offen oder in einer geheimen Wahl mitzuteilen.
2. Die Zusammenlegung der Fächer Geographie, Geschichte und WiPo darf unter keinen Umständen weiter an unseren Schulen existieren. Das Problem ist, dass dabei nur ein Drittel WiPo unterrichtet wird und darüber hinaus in der Praxis tendenziell eher Geschichte und Geographie gelehrt werden. Für WiPo fehlen ebenso wie für „Weltkunde“ die Lehrkräfte. „Politik“ ist ein zentrales Thema, das als eigenständiges Fach unterrichtet werden muss.
3. Das Fach „Wirtschaft und Politik“ kann sehr vielfältig gestaltet werden. Weil es für eine Lehrkraft schwierig ist, Unterrichtsmaterialien zu finden und außerschulische Exkursionen zu veranstalten, müssen diese leichter zugänglich gemacht werden. Allein ein Besuch einer politischen Einrichtung wie dem Landtag sollte möglichst kostenfrei und organisatorisch einfach von Statten gehen können, um die Lehrkräfte zu entlasten und die Schülerschaft zu motivieren.
4. Inhaltlich muss sich zwingend etwas in den curricularen Fachanforderungen ändern. Abgesehen von den wirtschaftlich und politisch grundlegenden Themen, muss auch ein Schwerpunkt auf die Schülervertretung in der Schule gelegt werden. Diese muss besser integriert werden, da die Schülerinnen und Schüler hier aktiv „Demokratie“ lernen können.

Weiter stellen die „Rhetorik“ und die „Medienbildung“ wichtige Themenbereiche dar: Als Handwerkszeug können sie den jungen Menschen helfen, an sachlich fundierte Inhalte zu gelangen, sich gegen „fake news“ zu wehren und ihre Meinung überzeugend vorzutragen.

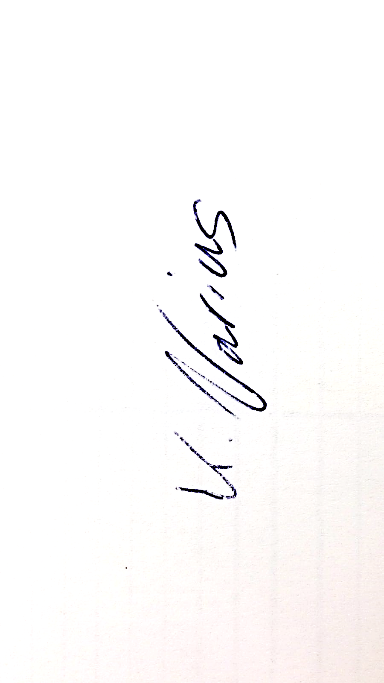
Damit einher geht die Behandlung der Kinderrechte und der damit verbundenen Selbstbestimmung. Es ist wichtig, die eigenen Rechte aber auch Pflichten als heranwachsender Mensch zu kennen, um sich als Teil der großen Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern verstehen zu können.

1. Als weiteres Problemfeld erachten wir die Arbeit der Schülervertretungen: Zwar ist die Schülervertretung im Paragraph 81 des Schulgesetzes aufgeführt, aber ein verbindlicher Charakter lässt sich daraus nicht ableiten. Dabei sollte die Schülerschaft gegenüber der Schulleitung, Lehrerschaft, Elternschaft und dem Schulträger zwingend vertreten sein und durch eine Lehrkraft unterstützt werden, die sie bei Problemen und Vorgehensweisen berät. Zusätzlich zu einer klaren Struktur fordern wir eine verbindliche Mail-Adresse vom Land für Schülervertretungen, um einerseits die direkte Kommunikation mit den Landesschülervertretungen zu stärken und ihnen andererseits mehr Selbstständigkeit zu geben.
2. Das Jahr 2019 steht in Schleswig-Holstein im Namen der „politischen Bildung“. Es könnte der Anfang einer guten Entwicklung sein, um für Demokratie und die Politik zu werben. Als besonders wichtig erachten wir dabei die Tatsache, den Projekttag zu diesem Thema, den alle Schulen durchführen sollen, nachhaltig, also wiederkehrend zu veranstalten.

Wir denken, dass aufgrund aktueller Ereignisse in Deutschland und der Welt jetzt die Zeit gekommen ist, um aus allen Schülerinnen und Schülern politikinteressierte und selbstständige Menschen zu machen, damit sie sich trauen, Teil einer Gemeinschaft zu sein und für diese einzustehen. Das Jahr der politischen Bildung erwartet uns: Deshalb fordern wir konkrete Pläne von der Politik, wie die politische Aufklärung und damit einhergehend eine größere Beteiligung junger Menschen in und um Politik gesteigert werden können.



\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Landesschülervertretung der Berufsschulen

Benjamin Lemke

Landesvorstandsmitglied der Berufsschulen

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Landesschülervertretung der Förderzentren

Kevin Narius

Stellvertretender Landesschülersprecher der Förderzentren



\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen

Dave Buckendahl

Stellvertretender Landesschülersprecher der Gemeinschaftsschulen



\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Landesschülervertretung der Gymnasien

Christin Godt

Landesschülersprecherin der Gymnasien